

MARE NOSTRUM LIMES

**Der Umgang europäischer Sicherheitsinstitutionen mit peripheren
Konfliktformationen**

RONALD H. TUSCHL

FRIEDENSZENTRUM BURG SCHLAINING, APRIL 1997

Inhalt

	Seite
1. Der afrikanische Prophet kommt zum Berg Europa	4
2. Wer sucht, der findet:	
Die Kreation neuer Bedrohungsszenarien	6
3. Die Ambivalenz von Konkurrenz und Kooperation:	
Die NATO und Westeuropäische Verteidigungsunion (WEU) entdecken die südliche Hemisphäre	9
4. Die Militarisierung von Umweltproblemen und der Begriff der "ökologischen Sicherheit"	11
5. Im Land der UN-begrenzten Möglichkeiten:	
Die Militarisierung der Umweltproblematik durch die Vereinten Nationen und durch die Nordatlantische Allianz	14
6. Bedrohungsbilder im Mittelmeerraum:	
Von der einstigen "Südflanke" zur neuen "Zentralfront" Europas?	16
7. Draußen vor der Tür:	
Die nordafrikanischen Maghreb-Staaten als künftige strategische Semiperipherie Europas ?	18
8. Die Katastrophe marktwirtschaftlicher Befreiung:	
Globalisierung als Ursache peripherer Konflikte	20
9. Literatur	23
Abkürzungen	25

*„Am besten ist, Sie bleiben hier
und ich ziehe in ihr schönes Haus in Europa !“*

Antwort eines sudanesischen Emigranten auf die Frage
einer britischen Gesandten, wie sie ihm helfen könne.
(aus dem Film *Der Marsch*)

1. Der afrikanische Prophet kommt zum Berg Europa

Irgendwann nach der Jahrtausendwende - niemand weiß es ganz genau - bricht der schon lange befürchtete soziale Super-GAU herein: Das Nord-Süd-Gefälle hat den größten anzunehmenden Niveauunterschied erreicht. Während Europa in seiner Wohlstandsfestung im Luxus schwelgt, ist die südliche Hemisphäre nicht nur zum Armenhaus, sondern auch noch zum Müllplatz und zur Umweltkloake der Welt verkommen. Das Leben ist schwer in Afrika, besonders dann, wenn die Sonne durch das Ozonloch und den Treibhauseffekt besonders heiß brennt und das letzte Stückchen Ackerland für die dortige Bevölkerung durch die hauptsächlich vom Westen verursachte Umweltzerstörung unbestellbar geworden ist. Grund genug für einen Sudanese den Entschluß zu fassen, Europa einen Besuch abzustatten. Natürlich nicht alleine, sondern mit ein paar Freunden. Der kleinen Gruppe schließen sich immer mehr Menschen an, bis sich endlich eine gigantische Kolonne von hunderttausenden Menschen in Richtung Europa in Gang setzt. Europa reagiert erwartungsgemäß äußerst nervös: In den europäischen Institutionen laufen die Telephone heiß, Diplomaten in London, Paris und Brüssel eilen von einer Krisensitzung zur nächsten und auf den Fernsehkanälen laufen Warnspots, in denen das afrikanische Lumpen-Proletariat plötzlich in den Wohnzimmern europäischer Bürger steht. Der charismatische Sudanese avanciert dank multimedialen Fernsehen, tausender Reporter und politischer Aufmerksamkeit innerhalb kürzester Zeit zum televisionären Superstar und zur großen Hoffnung der Entrechteten des 21. Jahrhunderts. Doch sein Marsch ins „Gelobte Land“ sollte nur von kurzer Dauer sein. Als die riesige Menschenmenge versucht, mit Booten an der Straße von Gibraltar nach Europa überzusetzen, wartet dort bereits Europas schwer bewaffnete Armee - fest entschlossen, dem aufsehenerregenden Spuk ein jähes Ende zu setzen.

„Wir sind noch nicht bereit für euch!“, ruft eine britische Gesandte dem sichtlich desillusionierten Migrationsführer etwas hilflos zu. Die Frau ahnte offenbar nicht, daß Europa, insbesondere seine Sicherheits-Institutionen schon seit längerer Zeit sehr wohl bereit ist und sich für diesen Tag gut vorbereitet hat...

Das geschilderte Szenario ist eine kurze Zusammenfassung des Films „Der Marsch“, einer BBC-Produktion, die im Kontext der europäischen Sicherheitsdebatte gedreht wurde. Die Darstellungsweise des Films wirft ohne Zweifel ein anderes Licht auf die seit einiger Zeit stattfindende Sicherheitsdiskussion zur Südflanke Europas. Derartige Diskussionen konzentrieren sich geographisch im Wesentlichen auf die Regionen des Maghreb und des Nahen Ostens. Auffallend ist, daß hierbei Schwarzafrika nahezu gänzlich ausgeblendet wird. Bezeichnend ist auch die überzogene Betonung nordafrikanischer Konfliktformationen. Politische Instabilitäten in Algerien oder marokkanische Drogenkartelle scheinen innerhalb der europäischen Sicherheitsdebatte größere Aufmerksamkeit zu erwecken als die äußerst prekäre Situation südlich dieser Krisenregion. Der viel diskutierte Islamische Fundamentalismus scheint offenbar nicht nur ein willkommenes Substitut für das verlustig gegangene Feinbild im Osten zu sein, sondern zielt offensichtlich auf eine Rechtfertigung einer europäischen Hegemonie im mediterranen Raum einerseits, bei gleichzeitiger Abkoppelung der südlich gelegenen Hemisphäre andererseits ab. Spätestens seit der Mittelmeerkonferenz in Barcelona erhärtet sich der Eindruck, Europa plane nicht nur die Errichtung eines hegemonialen „Hinterhofs“, sondern auch die Einrichtung einer

wirtschafts- und sicherheitspolitischen „Semiperipherie“¹ in diesem Raum, um sich vor der Armut der „Dritten Welt“ abzuschirmen.

In diesem Beitrag werden exemplarisch einige militärische und wirtschaftspolitische Initiativen der westlichen Institutionen dargestellt. All jenen, die in Europa, den USA und den westlichen Organisationen ausschließlich ein Bollwerk des demokratischen Friedens sehen wollen, soll im Zuge dieser Darstellung ein anderes Bild von den westlichen Organisationen und deren Umgang mit der südlichen Hemisphäre entgegengehalten werden.

¹ Vgl. hierzu, Immanuel Wallerstein, Der Historische Kapitalismus, Hamburg 1994

2. Wer sucht, der findet:

Die Kreation neuer Bedrohungsszenarien

Die Gedanke eines europäischen Interventionismus in der südlichen Hemisphäre liegt schon einige Zeit zurück.

So hielt der damalige deutsche Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg im Frühjahr 1990 einen Vortrag an der Johns Hopkins Universität mit dem Titel "German Unity and European Security", wo er eine "eindrucksvolle" Auflistung potentieller Bedrohungsparameter präsentierte: Regionale Konflikte in Verbund mit religiösem Fundamentalismus, Terrorismus und Waffenproliferation, aber auch Drogenhandel, die ökologischen Gefährdungen unserer Zeit und die Probleme der Entwicklungsländer würden immer mehr ein gemeinsames Handeln der westlichen Industrienationen erfordern.²

Ähnliche Ansichten vertrat im übrigen auch der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU). In einem Kommuniqué der WEU-Sitzung vom 23. April 1990 heißt es:

"Die Minister teilen die Ansicht, daß die europäische Sicherheit eine außereuropäische Dimension hat. Daher verfolgen die Staaten Europas aufmerksam die Entwicklungen in den anderen Regionen der Welt, vor allem im Mittelmeerraum und im Nahen Osten."³

Einen Schritt weiter dachte der Leiter der Luftwaffenplanung beim Führungsstab der deutschen Luftwaffe, Brigadegeneral Axel Kleppien, indem er sich "ein gesamtes Sicherheitssystem für die nördliche Hemisphäre" vorstellen könnte. Demnach wäre es wünschenswert, "*daß unsere nationale Verteidigung nicht auf dem inneren Ring, sondern auf einem äußeren Ring stattfindet*".⁴

Das Nordatlantische Bündnis wurde nicht müde, nach dem Wegfall ihres legitimitätsstiftenden Feindbildes "notwendige Anpassungen" ihrer bisherigen Verteidigungsstruktur durchzuführen. Mit der Feststellung, daß sich die Welt "dramatisch verändert", sollte im November 1991 auf dem Gipfeltreffen der NATO in Rom ein neues Kapitel in der Geschichte der Nordatlantischen Allianz aufgeschlagen werden. Zwar betonte man in der "Erklärung von Rom" die künftige Bereitschaft zu Dialog, Kooperation und gemeinsamer Verteidigung, zugleich wurde aber auch festgehalten, daß die militärische Dimension der weiterhin entscheidende Faktor bleibe. Zwar sei die "*Bedrohung durch einen großangelegten, gleichzeitig an allen europäischen NATO-Fronten vorgetragenen Angriff(...)praktisch nicht mehr gegeben*".⁵ Für das strategischen Konzept des Bündnisses, vereinbart von den Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Nordatlantikrats am 7. und 8. November 1991 in Rom, Teil 1, Ziffer 8, seien hingegen die "*Sicherheitsrisiken der Allianz ihrer Natur nach vielgestaltig und (kämen) aus vielen Richtungen*". Darüber hinaus befürchtet man "*Instabilitäten, die aus den ernststen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten*"⁶ entstehen könnten. Was die ehemalige Sowjetunion betrifft, seien "*ihre konventionellen Streitkräfte*

² Stoltenberg, G.: German Unity and European Security, in: Material für die Presse vom 30.4. 1990. Dieser Standpunkt wurde vom Bundesverteidigungsminister a.D. während folgender Vorträge mehrmals wiederholt.

³ Kommuniqué des Ministerrates der WEU vom 23.4.1990, in: Bulletin 28. April 1990, Nr. 48

⁴ Axel Kleppien: Aufklärung und Luftverteidigung", Interview mit Luftwaffen-Forum 2/1990, S.14

⁵ ebd. Teil 1, Ziffer 9

⁶ ebd. Teil 1, Ziffer 10

*erheblich umfangreicher als die irgendeines anderen europäischen Staates*⁷ und ihr *"Nuklearwaffenarsenal (ließe) sich nur mit dem der Vereinigten Staaten"* (ebda.) vergleichen. Anhand dieser vagen "Bedrohungsszenarien" in Osteuropa, von denen kein einziges konkret beim Namen genannt wird, dürfte klar deutlich werden, daß die NATO krampfhaft Ausschau nach einer künftigen Legitimitätsgrundlage hält und in Wirklichkeit an ihrem Status quo festzuhalten gedenkt.⁸

Mehr noch: Die Inszenierung nebulöser Bedrohungspotentiale in Osteuropa schien der Nordatlantischen Allianz noch nicht auszureichen. Um dem obskuren Versuch der Selbstrechtfertigung noch mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen, mußten schließlich „Bedrohungsszenarien“ aus dem Süden - wie das vorangestellte - herhalten. So findet sich im Römischen Verteidigungskonzept von 1991 folgende interessante Passage:

"Die Sicherheit des Bündnisses muß jedoch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten."⁹

Im letzten Satz dieser Ziffer 13 gibt es nun folgenden Verweis :

"Im Bündnis gibt es Mechanismen zur Konsultation nach Artikel 4 des Vertrags von Washington sowie gegebenenfalls zur Koordinierung der Maßnahmen der Bündnispartner einschließlich ihrer Reaktionen auf derartige Risiken."¹⁰

Höchst bedeutsam ist der Umstand, daß Art. 4 des Vertrags von Washington aus dem Jahre 1949 nur besagt, daß *"Die Parteien einander (...) konsultieren (werden), wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind."* Diese Passage ist offenbar indirekt um die obigen angeführte Ziffer 13 erweitert worden. Ziel scheint demnach im Falle einer Bedrohung nicht mehr nur eine gegenseitige Konsultation der NATO-Partner zu sein, sondern entsprechende *"Reaktionen auf derartige Risiken"* (also bei Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie Terror- und Sabotageakten) ins Auge zu fassen. Damit entsteht der Eindruck, daß an dieser Stelle von einer rein defensiven Verteidigungsstrategie, wie sie Art. 4 des Vertrags von Washington vorsah, zu einer kaum mehr "Verteidigung" nennbaren Strategie übergegangen wird. Besonders auffällig ist zudem noch, daß dieser erweiterte Artikel mit den in Art.2/4 der Charta der Vereinten Nationen erwähnten Schutzgütern "politische Unabhängigkeit" und "Unversehrtheit des Gebiets" völlig in Einklang steht. Die Nordatlantische Allianz versucht offenbar, sich hiermit eine Blankovollmacht für die Wahrung "vitaler Interessen" außerhalb ihrer Gebietshoheit auszustellen, welche noch dazu völlig unverfrozen und explizit beim Namen genannt werden.

Was versteht nun die NATO unter "ihrem" Gebiet? Der Artikel 6 des Vertrags von Washington gibt hierüber Auskunft:

⁷ ebda. Teil 1, Ziffer 11

⁸ vgl. Elmar Schmähling, NATO und WEU: Neue europäische Militärordnung, in: Jahrbuch Frieden 1995, München 1994, S.121 ff

⁹ ebda. Teil 1/Ziffer 13

¹⁰ ebda. Teil 1/Ziffer 13

"Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs,¹¹ auf die Besatzungskräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im Nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet."

Hieraus wird ersichtlich, daß die NATO ein Gebiet zu "verteidigen" gedenkt, daß faktisch die gesamte Nordwest-Hemisphäre bis zum nördlichen Wendekreis ("Wendekreis des Krebses") umfaßt. Trotz dieses beachtlichen Einflußgebietes weist diese Strategie einen kleinen "Schönheitsfehler" auf. Gemäß dieses Artikels ist eine Abwehr "lediglich" bis zum nördlichen Wendekreis möglich. Bezogen auf "*andere potentielle Risiken*" (ebda. Ziffer 32) und auf "*ein breites Spektrum möglicher Eventualfälle*" (Ziffer 53 der NATO-Strategie von Rom) besitzt die NATO keine rechtliche Basis zum militärischen Eingreifen außerhalb ihres Territoriums, soweit kein direkter Angriff auf einen NATO-Partner erfolgt. Da jedoch die wichtigsten politischen und ökonomischen Interessen der Verteidigungsgemeinschaft außerhalb dieses Territoriums liegen, sollte sich auch dieser hinderliche Umstand sehr bald ändern.

¹¹ Am 16. Januar 1963 stellte der Rat fest, daß die Bestimmungen des Nordatlantikvertrages betreffend die ehemaligen algerischen Departements Frankreichs mit Wirkung vom 3. Juli 1962 gegenstandslos geworden sind.

3. Die Ambivalenz von Konkurrenz und Kooperation:

Die NATO und Westeuropäische Verteidigungsunion (WEU) entdecken die südliche Hemisphäre

Daß jene Militärorganisation, die jahrzehntelang als "zahnloser Tiger" belächelt und ignoriert wurde, in letzter Zeit zunehmend ins Licht des öffentlichen Interesses gerückt wurde, ist kein Zufall. Die Westeuropäische Verteidigungsunion (WEU) konstituierte sich als Nachfolgeorganisation der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) welche im Rahmen des Brüsseler Vertrages vom 17. März 1948 ins Leben gerufen wurde, jedoch aufgrund des damaligen Widerstandes Frankreichs gescheitert war. Im Jahre 1954 wurde der Brüsseler Vertrag revidiert und trat zusammen mit den Pariser Protokollen im Folgejahr in Kraft.

Die Selbstpräsentation der NATO als ein Bestandteil eines Verbundes ineinandergreifender Institutionen (interlocking institutions) europäischer Sicherheit ist nur vordergründig auf Kooperation angelegt. In Wirklichkeit war diese Kooperationsbereitschaft nur Ausdruck eines strategischen Handicaps der Nordatlantische Allianz, da sich der bis zum nördlichen Wendekreis begrenzte Handlungsspielraum des Verteidigungsbündnisses als unzureichend für die Umsetzung von "out of area"- Einsätzen erwies. Diesbezüglich war die WEU, deren Verteidigungsstrategie keine geographischen Begrenzungen (Art. V des revidierten Brüsseler Vertrages) aufweist, ein idealer Partner für die NATO. Dafür gab es zwei bedeutende Gründe: Erstens wurde der WEU im Rahmen des Vertrags von Maastricht eine Präferenz in Hinblick auf die künftige Konzeption eines europäischen Sicherheitssystems eingeräumt. So heißt es in Art. J.4, Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union:

"Die Union ersucht die Westeuropäische Union (WEU), die integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union ist, die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen."

Mit anderen Worten, die WEU wurde institutionell aufgewertet. Zweitens wuchs der WEU auch eine eigenständige militärische Verteidigungskomponente zu. Schon seit der Petersberger Erklärung vom Juni 1992 war klar geworden, daß die WEU ihr langjähriges Image eines militärischen "Papiertigers" endgültig abgestreift hatte, nachdem sie in dieser Erklärung ausführte:

"Militärische Einheiten der WEU-Mitgliedstaaten, die unter der Befehlsgewalt der WEU eingesetzt werden, können neben ihrem Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung in Übereinstimmung mit Art. 5 des Washingtoner Vertrages bzw. Art. V. des geänderten Brüsseler Vertrages auch für folgende Zwecke eingesetzt werden:

- 1) humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;
- 2) friedenserhaltende Aufgaben;
- 3) Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens.¹²

¹² Bundespresseamt: Bulletin Nr. 68 vom 23.6.1992, S. 649-643

Das im Oktober 1991 ins Leben gerufene deutsch-französische Korps bzw. das sich hieraus entwickelnde Eurocorps wurde der wichtigste Bestandteil der WEU-Verteidigungskomponente. Hier ist anzumerken, daß diese Eingreiftruppe sowohl "in Übereinstimmung mit Art. 5 des Washingtoner Vertrages" als auch mit "Art.V des geänderten Brüsseler Vertrages" (ebda) steht und somit eine Verbindung zwischen der neuen NATO-Strategie und jener der WEU hergestellt wurde. Kurzum: Diese "Hilfskonstruktion" ermöglicht es der Nordatlantischen Allianz, auch außerhalb ihres Geltungsbereichs (Wendekreis des Krebses) die "Verteidigung" ihrer Interessen wahrzunehmen. Dieser "Kompromiß" kommt in letzter Konsequenz allen Beteiligten entgegen: Durch die Integration der WEU zum Partner der NATO konnten die Restriktionen für „out of area“-Einsätze unterlaufen und der Weg hin zur Unterstützung bei der Verteidigung von politischen und ökonomischen Interessen der Mitgliedsstaaten mittels einer neuen Form der „Krisenbeherrschung“ geebnet werden.¹³

Fazit: Mit dieser bilateralen Verknüpfungsstrategie- genannt "double hatting"- wird eine militärische Struktur geschaffen, mittels der von Fall zu Fall entschieden wird, ob "out of area" interveniert wird oder auch nicht. Das heißt: Nicht die NATO wird unmittelbar militärisch aktiv, sondern ad-hoc-Koalitionen, die je nach beliebiger "Erfordernis" auf diese Struktur zurückgreifen können, wie beispielsweise im Golfkrieg, an dem die NATO als Organisation ja nicht beteiligt war, jedoch die meisten NATO Mitglieder.

¹³vgl.Elmar Schmähling, a.a.O. S.126 ff

4. Die Militarisierung von Umweltproblemen und der Begriff der "ökologischen Sicherheit"

Was die Umweltproblematik anbelangt, so kommt diesem potentiellen Konfliktfeld in der Sicherheitsdebatte eine eigene Dimension zu. Während die eben genannten "Bedrohungsszenarien" meist dort wahrgenommen werden, wo der Westen ein vitales Interesse hat, werden ökologische Probleme gerne als "global umfassend" interpretiert. Dementsprechend wird auch der Sicherheitsbegriff über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg ausgedehnt. Dennoch: Wenn Sicherheitspolitiker und Militärs von "ökologischer Sicherheit" sprechen, meinen sie damit nicht die Bereitstellung von Verbänden zur Reparatur von Umweltschäden oder die Beseitigung der Ursachen solcher Schäden, sondern sie zielen damit auf einen nationalstaatlichen Schutz vor ökologischen Zerstörungen und deren Folgen ab. "Ökologische Sicherheit" meint in diesem Zusammenhang entweder den Schutz vor dem Eindringen ökologischer Schädigungen von außen über die eigenen Staatsgrenzen hinweg durch Bekämpfung der Verursacher bzw. durch militärische Ausschaltung der Schadensquelle *oder* den Schutz der eigenen Ressourcen und Umwelt vor militärischen Angriffen eines Gegners *oder* schließlich den Schutz vor gewaltsamen Konflikten, die infolge ökologischer Probleme entstehen.

In jedem dieser Fälle findet eine Externalisierung von Umweltkonflikten als eine von "außen" kommende Bedrohung des eigenen Staates statt. Sei es durch militärische Ausschaltung eines Chemiewerkes im Nachbarland, sei es die militärische Abschirmung von sogenannten "Umweltflüchtlingen" oder die gewaltsame Durchsetzung von Umweltstandards in einem anderen Land. Militärische Eingriffe im Rahmen derartiger Bedrohungsszenarien wären besonders leicht zu legitimieren, geht es doch nicht nur um "unsere Umwelt", sondern auch um das "Wohl künftiger Generationen." Neo-imperialistische Vorwürfe seitens der Dritten Welt ließen sich durch die Konstruktion eines "Gemeinwohls" leicht ausräumen und entsprechend verschleiern. Dieser Umstand kann auch rechte politische Eliten und Militärs aus dem Süden dazu veranlassen, sich gegen einen "Ökoimperialismus" des Nordens zu wappnen, wie dies beispielsweise während der "Amazonia e nossa"- Kampagne vor der UNCED-Konferenz in Rio der Fall war.

Die Idee des Westens, auf ökologische Bedrohungsszenarien militärisch zu reagieren, ist nicht ganz neu. Daß zur Sicherung "lebenswichtiger" Ressourcen militärische Kapazitäten bereitgehalten werden, geht schon auf die frühen 80er Jahre zurück, als die USA die Aufstellung der "Rapid Development Forces" explizit mit ihrem "vitalen Interesse" am Erdöl des Nahen Ostens begründeten. Damals bekundete man noch sein Interesse an "knappen", nicht-erneuerbaren Rohstoffen (Erdöl, strategische Mineralien). Heute hingegen geht es vornehmlich darum, daß Länder der Dritten Welt auch "erneuerbare" Ressourcen (Tropenwälder, Flüsse, Luft, etc.) übernutzen oder schädigen könnten, sodaß sie dem Westen nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

In seiner Rede vor dem US-amerikanischen Senat verwies der Vorsitzende des *Armed Services Committee*, Sam Nunn, darauf, daß "in einem sehr realen Sinne ökologische

Zerstörungen die Sicherheit unserer Nation und die Sicherheit der Welt bedrohen"¹⁴ würden. Im März des Jahres 1992 ließ der Oberbefehlshaber des US-Heeres den Senat wissen:

"Diese Herausforderungen erwachsen aus dem Zusammenspiel potentiell gravierender Bedrohungen durch die Armut und die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung, den Terrorismus, den Drogenhandel, die Rüstungsproliferation und die ökologische Degradation."¹⁵

Doch nicht nur explizit genannten "vitalen" Interessen scheinen künftig "schützenswert", sondern auch jene Bereiche, die keiner nationalen Souveränität unterliegen, so zum Beispiel "das Aussterben wertvoller Arten oder die Integrität der Atmosphäre (...)"¹⁶ In diesem Zusammenhang spielt offenbar auch der Schutz der Weltmeere und der Luft eine strategische Rolle, wenn es heißt:

"Die Ozeane werden ebenfalls neue Bedeutung erlangen, die sogar ihren strategischen Wert in den Schatten stellen. Handel und Verkehr sowie Schifffahrtsrouten bleiben wichtig, aber hinzu kommt nun die Ausbeutung von mineralischen und fossilen Rohstoffen, die Nutzung von Fischen und Meerespflanzen sowie die Bewahrung der lebensspendenden Kraft des Meeres. Angesichts seiner Verschmutzung und Vergiftung." (ebda. S. 42) bzw. "Zu den herkömmlichen Faktoren technologischer Überlegenheit, wirtschaftlicher Stärke und militärische Fähigkeiten müssen der Besitz von oder der Zugang zu großen Vorräten sauberer Luft und sauberen Wassers hinzugerechnet werden." (ebda.,S. 42)

Während derartige Argumente in Hinblick auf die Sicherstellung "vitaler Interessen" vor der Weltöffentlichkeit nicht so leicht aufrechtzuerhalten sind, fallen Begründungen zur militärischen Bekämpfung von schweren "Umweltsündern" auf fruchtbareren Boden. In bezug auf die Brandrodung und Schlägerung des tropischen Regenwaldes fällt auf, daß diese für den Treibhauseffekt verantwortlich gemacht wird und somit von der Hauptverantwortung der Industrieländer (80 % aller Schadstoffemissionen, 95% des FCKW-Ausstoßes,etc...¹⁷) geschickt abgelenkt wird.

Die zunehmende Umweltzerstörung der Dritten Welt wird auch mit sozialen Umverteilungskämpfen und daraus resultierenden Migrationen in Verbindung gebracht. Da es nach Ansicht vieler Militärs mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgrund weltweit einschneidender ökonomischer Einbußen zu einer Häufung von Staatsstreichen, Aufständen, Guerillabewegungen und dergleichen kommen könnte, richtete man sich in den USA "sicherheitshalber" schon darauf ein. Unter dem Schlagwort "low intensity conflicts" forciert die US-Army diverse Spezialeinheiten, die sich mit Counter-Insurgency, Counter-Terrorism usw. in der Dritten Welt befassen.

Eine zusätzliche Selbstaufwertung des Militärs dürfte durch die sogenannten Umweltflüchtlinge aus der Dritten Welt erfolgen. Trotz der verstärkten Präsenz der Küstenwache und den verschärften Einwanderungsgesetzen konnte die zunehmende "Latinisierung" der Südstaaten nicht verhindert werden. In den USA halten sich ca. 10 Millionen "Illegale" aus der Karibik, Mittel- und Südamerika auf. Um einem bevorstehenden "Ansturm" von Flüchtlingen Einhalt zu gebieten, beschloß man im Jahre 1991 den Bau eines

¹⁴ Auszug aus einer Rede vor dem Senat am 28.6.1990, zit. nach Aviation Week and Space Technology, 9.Juli 1990, S.7

¹⁵ Sullivan,a.a.O.,S.3

¹⁶ Motley, James Berry : Beyond the Soviet threat. The U.S.Army in a Post-Cold War Environment. Lexington et al. 1991, S.41

¹⁷ Von Weizsäcker, Ernst Ulrich, Erdpolitik, ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt 1989, S.218

drei Meter hohen Schutzwalls entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze, jener Schnittlinie zwischen Erster und Dritter Welt. Wie die Intervention in Haiti gezeigt hat, hat das Militär durchaus eine Funktion bei der Eindämmung von Migrationsströmen, und es war möglich, dies als "Wahrung des Weltfriedens" i.S. der Charta der Vereinten Nationen und als "Rettung der Demokratie vor Diktatur und Willkür" (Bill Clinton) vor der Weltöffentlichkeit auszugeben.¹⁸

¹⁸.Bächler,Günther/Böge,Volker/Klötzli,Stefan/Libiszewski, Stephan, Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation? Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung, Münster 1993, S.74 ff

5. Im Land der UN-begrenzten Möglichkeiten:

Die Militarisierung der Umweltproblematik durch die Vereinten Nationen und durch die Nordatlantische Allianz

Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und dem hieraus gewonnenen Handlungsspielraum der Vereinten Nationen wuchs weltweit nicht nur die Zustimmung zur militärischen Lösung von humanitären und ethnischen Problemen. Die Diskussion innerhalb der Staatengemeinschaft machte auch vor der globalen Umweltkrise nicht halt. Den gewichtigsten Anstoß hierzu gaben im März des Jahres 1989 die Staats- und Regierungschefs Norwegens, Frankreichs und jene der Niederlande. Diese regten im Rahmen der Haager Konvention die Einrichtung einer UN-Institution an, welche die international vereinbarten Umweltstandards auch gegen den Willen mancher Staaten, die sich nicht daran halten würden, durchsetzen sollte.¹⁹ Im Zuge dieser Debatte wurde von verschiedenen Seiten der Vorschlag eingebracht, analog zum UN-Sicherheitsrat einen Umweltsicherheitsrat einzuberufen. Abgesehen davon, daß man der Weltöffentlichkeit die konkrete Zusammensetzung und Kompetenz eines solchen Gremiums vorenthalten hatte, stimmt diese Analogie zum bisherigen UN-Sicherheitsrat mehr als bedenklich, da dieser schließlich im Falle eines Verstoßes gegen den Weltfrieden nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen berechtigt wäre, auch militärische Zwangsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. In Anbetracht der weitläufigen Auslegung der Charta der Vereinten Nationen kann man sich leicht vorstellen, daß damit einem Öko-Interventionismus künftig Tür und Tor geöffnet würde.

Daß es so manchem "Sicherheitsexperten" diesbezüglich keinesfalls an Phantasie mangelt, belegt der Artikel von Roger Martin, der darin folgende vier Szenarien schildert: 1. Brasilien hält sich nicht an eine international vereinbarte Tropenwaldkonvention und fährt mit der Rodung seiner amazonischen Regenwälder fort, worauf es über verschiedene abgestufte Maßnahmen zu einer Blockade brasilianischer Häfen durch multinationale Flottenverbände kommt; erst nachdem Blockadebrecher versenkt wurden, gibt die brasilianische Regierung nach und stellt die Abholzung seiner Tropenwälder ein. 2. Der Irak hält sich nicht an ein weltweites Produktionsverbot von FCKWs, worauf im UN-Auftrag amerikanische, britische und russische konventionelle Raketen solange irakische Produktionsstätten zerstören, bis der Irak einlenken muß. 3. Taiwan ignoriert ein internationales Verbot des Treibnetz-Fischfangs im Pazifik, worauf Marineeinheiten "großerer Mächte" taiwanische Fischerboote versenken. 4. Sambia hat zwar ein internationales Verbot der Jagd auf Rhinozerosse akzeptiert, ist jedoch nicht in der Lage, es gegen Wilderer im eigenen Land aufrecht zu erhalten, worauf Geheimdienste "großer Mächte" aktiv werden, denen es gelingt, die Wilderei (einschließlich Morddrohungen) in diesem Land zu unterbinden. Roger Martin beschließt sein Plädoyer für eine "gesunde Umwelt" mit den Worten:

"Daher werden wir mit allen Mitteln - militärische Mittel eingeschlossen - kämpfen müssen, um unsere Biosphäre zu bewahren. Denn schließlich gibt es keine Souveränität und keine Menschenrechte auf einem toten Planeten."²⁰

¹⁹ vgl.: Porter, Gareth: Post-Cold -War Global Enviroment and Security, in: the Fletcher Forum of World Affairs, Vol.14, 1990, No.2, S. 335

²⁰ vgl.Martin, Roger: Toward a "green" defense policy, in: The Boston Globe, vom 6.8. 1990

Wer glaubt, derartige abstruse Gedankenspiele gäbe es nur in den USA, der sei auf die Forderungen des CDU-Umweltministers Töpfer verwiesen, der den Deutschen Bundestag in Hinblick auf die damals bevorstehende UNCED-Konferenz in Rio wissen ließ:

"Wir reden heute soviel von Blauhelmen. Ich meine, wir sollten uns jetzt auch an die Spitze derer setzen, die fragen: Wie bekommen wir Grünhelme die dort eingesetzt werden können, wo Verbrechen gegen die Umwelt begangen werden, ohne daß die internationale Völkergemeinschaft dem entgegentreten kann? Dies sind Herausforderungen, auf die wir auch durch eine Änderung des UN- Systems an dieser Stelle antworten sollten."²¹

Es bleibt der Phantasie der Leser überlassen, welche (Horror-)Szenarien mittels solcher "Ökostrategien" noch denkbar wären. Außer Zweifel steht allerdings die Tatsache, daß es den Militärs offenbar gelungen ist, mit ihren „Konfliktlösungsstrategien“ nicht nur sich selbst, sondern auch die breite Öffentlichkeit zu beeindrucken.

²¹ vgl. Deutscher Bundestag, Plenar-Protokoll 12/93, vom 20.5. 1992, S. 7600

6. Bedrohungsbilder im Mittelmeerraum:

Von der einstigen "Südflanke" zur neuen "Zentralfront" Europas?

Als der deutsche Ex-Verteidigungsminister Stoltenberg zukünftige militärische Einsätze vor allem durch "regionale Konflikte in Verbund mit religiösem Fundamentalismus" verursacht sah, spielte er damit explizit auf das vermeintliche Bedrohungspotential des Islamischen Fundamentalismus an. Spätestens seit der Revolution im Iran 1979 wird der Islam in Europa und in den USA als globale Weltbedrohung wahrgenommen. Ein gutes Jahrzehnt später bietet sich der Islam als Substitut für den im Osten verloren gegangenen Feind geradezu an. Während sich die Militärs auf eine neue Legitimationsgrundlage einstellen, läuft die kulturelle Alarmierung mittels der bedrohlichen Metapher "Schwert des Islam" bereits an, mit welcher suggeriert wird, daß der "finstere, mittelalterliche Islam" kurz davor stünde, die einstigen Kreuzzüge zu rächen. Dem Militär wird es damit wesentlich leichter, als Sicherheitsgarant der westlichen Bevölkerung aufzutreten.

Politische Instabilitäten und die Proliferation von atomaren Waffen bieten den Militärs weitere Anlässe, den neuen Feind im Süden Europas auszumachen. Diffuse, nicht weiter konkretisierte Bedrohungsszenarien scheinen offensichtlich auszureichen, um neue militärische Betätigungsfelder erschließen zu können:

„Real, immediate challenges to NATO allies have been mounting to the south. Flash points have emerged in the Mediterranean, in Southwest Asia, in the Balkans and in North Africa. The potential spread of instability across the Mediterranean would not only threaten friendly regimes of North Africa and the prospects for peace in the Middle East, it would also threaten Europe with new social and security problems. Not, in the first instance, military in the traditional sense, but nonetheless immensely challenging, because they would involve terrorism and the proliferation of weapons of mass destruction. Attention to these issues has to be high on the agenda of NATO as it meets other challenges as well²²“

Doch nicht nur die Kreation eines bedrohlichen Fundamentalismus scheint für die Militärs Grund genug, sich als Schutzmacht zu präsentieren. Abgesehen von der „Bedrohung“ seitens des Islamischen Fundamentalismus scheint auch der internationale Drogenhandel zum Gegenstand der Militärs geworden zu sein, wie dies die US-amerikanische Invasion in Panama am 20. Dezember 1989 deutlich machte.

Auch diese Entwicklung liegt schon um einiges früher zurück. Schon im Jahre 1986 leisteten amerikanische Hubschrauber zusammen mit Agenten der Drogenbehörde DEA (Drug Enforcement Agency) im Rahmen der Operation "Blast Furnace" in Bolivien den einheimischen Streitkräften militärische Unterstützung. Das Konzept der Anti-Drogen-Strategie der US-Militärs besteht aus militärischer Beratung bzw. dem Einsatz von Special Forces - mit dem Ziel, im Stil von Blitzaktionen Drogenlabors zu suchen und zu zerstören.

Ein weiterer Bedrohungsaspekt wird in der Sicherstellung der Rohstoffimporte aus dem Süden gesehen. So ließ schon im Jahre 1989 ein internes Papier der deutschen Marineführung

²² Partnership for Peace and NATO-Russian Relations, in: Defense Issues: Volume 10, Number 28, Remarks by Walter Slocombe, undersecretary of defense for policy, to the Center for Strategic and International Studies, Washington, March 2, 1995

verlautbaren, daß *"Die Bundesrepublik (...) eine der führenden Industrie- und Handelsnationen der Erde (ist). Ihre Wirtschaft ist abhängig von einem reibungslos funktionierenden Austausch von Rohstoffen und Industrieprodukten. Über zwei Drittel aller einzuführenden Güter werden über den Seeweg transportiert."*²³ Hier wird besonders deutlich, wie eng handelskapitalistische Interessen mit sicherheitspolitischen Aspekten verbunden sind.

Wer glaubt, die Golfkrieg-Allianz sei ausschließlich aufgrund einer "moralischen" Koalition wackerer Verfechter der Gerechtigkeit zustande gekommen, der möge sich folgenden Aufsatz zweier US-amerikanischer Militärstrategen zu Gemüte führen, die lange vor dem Golfkrieg um Kuwait ein fiktives Szenario am Golf skizzierten:

"Der Zeitpunkt liegt in nicht allzuferner Zukunft. Der Ort ist die ölreiche Region am Persischen Golf in Südwestasien. Die Lage stellt sich wie folgt dar: Als Reaktion auf eine unmittelbare Bedrohung der für Europa und Japan lebenswichtigen Ölpipelines haben Teile des US Central Command den Auftrag erhalten, einen befreundeten arabischen Staat bei der Abwehr der Invasion einer feindlichen Macht zu unterstützen."²⁴

²³ Führungsstab der Marine: Flottenübung Wellenreiter `89, Bonn 3.Mai 1989

²⁴ W.B.Moore/G.M.Hamed, Air Assault in the Desert: How to fight, in: Military Review 1985, S.43-60

7. Draußen vor der Tür:

Die nordafrikanischen Maghreb-Staaten als künftige strategische Semiperipherie Europas ?

Was die neue NATO-Strategie vom römischen Gipfel 1991 noch im Unklaren ließ, sollte auf einem Seminar der Nordatlantischen Versammlung (NAV) im Rahmen des Themas „Sicherheit und Stabilität in der Mittelmeerregion“ im Herbst 1994 näher konkretisiert werden. In Kapitel 1, Ziffer 13 des damals in Rom verabschiedeten Verteidigungskonzeptes hieß es:

„(...)Alliance security interests can be affected by other risks of a wider nature, including proliferation of weapons of mass destruction, disruption of the flow of vital resources and actions of terrorism and sabotage (...).“

Neben der Unterbrechung des Flusses „vitaler Ressourcen“ liegt der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft auch die Unterbindung der Proliferation atomarer Waffenbestände sowie die Ahndung von Terrorismus und von Sabotageakten am Herzen. Welche Regionen hier potentiell in Frage kämen, wird in Ziffer 12 des ersten Kapitels nur vorsichtig angedeutet:

„The Allies also wish to maintain peaceful and non-adversarial relations with the countries in the Southern Mediterranean and Middle East. The stability and peace of the countries on the southern periphery of Europe are important for the security of the Alliance, as the 1991 Gulf war has shown. This is all the more so because of the build-up of military power and the proliferation of weapons technologies in the area, including weapons of mass destruction and ballistic missiles capable of reaching the territory of some member states of the Alliance.“

Admiral Leighton Smith, Oberkommandant der *Allied Forces Southern Europe (AFSOUTH)* verwies auf dem oben erwähnten Seminar der Noratlantischen Versammlung, unmißverständlich auf die neuen Probleme, welche die NATO aus dem mediterranen Raum in Zukunft zu erwarten hätte:

„They basically said that the world's problems in the near future - and they describe the near future as between now and about 2020 - could be described by asymmetries in economics and demographics, by ethnic problems and by nationalistic fervor. When they talked about economic and demographic asymmetries they basically said that countries whose economic house is in order in many ways have the situation of population growth under control. That is to say that they have looked at this problem and they have tried to do something about it. Those countries that do not have their economic house in order frequently find themselves burdened with a burgeoning population with no end in sight. What that generally will equate to in the future is that the 'have' will have more and the 'have nots' will have less and that will resolve in massive refugee problems. (...) I think we need to be able to deal with those and clearly NATO is an organization that if we must, can.“²⁵

²⁵ TRANSCRIPT OF REMARKS BY ADM. LEIGHTON SMITH AT THE NAA "ROSE-ROTH" SEMINAR ON "SECURITY AND STABILITY IN THE MEDITERRANEAN REGION", CAPRI (ITALY) 12 SEPT. 1994

In dieser Passage wird in expliziter Form deutlich, wovor die westlichen Industrienationen - insbesondere Südeuropa - Angst haben. Das wirtschaftliche Elend der afrikanischen Mittelmeeranrainer könnte zu unabsehbaren Migrationsströmen führen, denen man notfalls auch mit militärischer Gewalt Einhalt gebieten müsse. Demnach würden Szenen wie aus dem Film „Der Marsch“ von der Wirklichkeit eingeholt werden .

Doch nicht nur etwaige „Armutsströme“, sondern auch die unkontrollierte Massenvernichtungswaffen-Proliferation sowie der libysche Terrorismus scheinen dem atomaren Gewaltmonopol des Westens zuwiderzulaufen, wenn Admiral Smith befürchtet:

„Moving from Egypt we go through to Libya we all know that is a problem not yet solved, with potential difficulties with weapons of mass destruction, both in terms of a desire to get a nuclear capability and one who is suspected clearly of having a chemical weapons capability. And they are developing rockets that will be able to reach across the Mediterranean.“²⁶

Daß es der NATO mit ihrem Vorhaben, terroristische Umtriebe im Maghreb mit militärischer Gewalt in den Griff zu bekommen, durchaus ernst ist, steht außer Zweifel. Wer erinnert sich nicht an jenen Vorfall des Jahres 1986, bei dem ein libyscher Anschlag auf eine Berliner Diskothek, in der sich amerikanische Soldaten aufhielten, für die US-Regierung Anlaß genug war, um Tripolis zu bombardieren ?

Die Antwort auf die Probleme der Migration, der Proliferation und des Terrorismus ließ nicht lange auf sich warten. Bereits im Jahre 1990 wurde auf Betreiben Spaniens und Italiens der Vorschlag eines mediterranen Verteidigungsabkommens eingebracht. Im Rahmen der sogenannten „Conference on Security and Cooperation in the mediterranean“ (CSCM) sollte ein Luftraumverteidigungsabkommen zwischen Spanien und Marokko in die Wege geleitet werden. CSCM sollte alle Maghrebstaaten sowie die Levante-Länder umfassen. Frankreich unterbreitete ein eigenes „5+5“- Sicherheitsabkommen (die vier EU-Staaten Frankreich, Spanien, Italien, Portugal einschließlich Malta sowie die fünf nordafrikanischen Maghreb-Länder).²⁷ Der Hintergedanke beider Initiativen liegt klar auf der Hand: Mit einer eigens eingerichteten strategischen Semiperipherie entlang der NATO-Südflanke sollte eine „Pufferzone“ eingerichtet werden, mit dem Ziel, die ärmsten Länder Afrikas südlich des Maghreb samt ihren Problemen „draußen vor der Tür“ zu belassen.

²⁶ ebda

²⁷ The Pending Crisis in North Africa, in: Strategic forum. A publication of the Institute for National Strategic Studies, Issue Number 5, August 1994

8. Die Katastrophe marktwirtschaftlicher Befreiung:

Globalisierung als Ursache peripherer Konflikte

Die neue europäische Sicherheitsarchitektur, welche mit der oben beschriebene Inszenierung peripherer Bedrohungsszenarien einhergeht, kann nicht von peripher-kapitalistischen Integrationstendenzen losgelöst betrachtet werden, selbst wenn ökonomische Interessen im Zuge der europäischen Sicherheitsdiskussion als ein vermeintlich unwesentlicher Aspekt in den Hintergrund gedrängt erscheinen. Der Schutz „vitaler Interessen“ kommt nicht nur in der Römischen Erklärung der NATO zum Ausdruck, sondern auch in der Abschlusserklärung der Mittelmeer-Konferenz der Europäischen Union in Barcelona sowie in der jüngst veröffentlichten „Nürnberger Erklärung“ des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates.

In seiner Ansprache auf der EU-Mittelmeer-Konferenz am 28. November 1995 ließ Felipe Gonzalez die ökonomischen Interessen Europas entlang der südlichen Peripherie und damit die eigentlichen hintergründigen Intentionen der europäischen Sicherheitspolitik durchscheinen:

„Es ist kein Zufall, daß die südlichen Anrainer des Mittelmeers der drittgrößte Handelspartner der Europäischen Union sind und 27 Prozent ihrer Energie liefern. Der Handel zwischen uns beläuft sich auf 80 000 Millionen ECU pro Jahr und stellt für die Länder des Maghreb und Maschrek zwei Drittel ihres gesamten Außenhandels dar.“²⁸

Hierbei ist festzuhalten, daß die Abschlusserklärung von Barcelona einen Meilenstein westlich-kapitalistischer Wirtschaftsabkommen darstellt. Bis zum Jahr 2010 soll die Schaffung einer mediterranen Freihandelszone vollzogen werden, die unter Berücksichtigung der GATT und WTO-Vereinbarungen eine schrittweise Neo-Liberalisierung auf ökonomischer, sozialer und kultureller Ebene vorsieht. Die Abschlusserklärung der Vertragspartner enthält hochtrabende Worte, die trotz betonter Hervorhebung gemeinsamer Werte wie Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nur schwer über das eigentliche Interesse Europas in dieser Region hinwegtäuschen können:

So gaben sich die Teilnehmerstaaten *„überzeugt, daß das allgemeine Ziel, das Mittelmeer-Becken zu einem Gebiet des Dialogs, des Austauschs und der Zusammenarbeit zu machen, das Frieden, Stabilität und Wohlstand, eine Stärkung der Demokratie und die Achtung der Menschenrechte garantiert, eine anhaltende und ausgeglichene wirtschaftliche und soziale Entwicklung erfordert, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und die Förderung eines besseren Verständnisses zwischen den Kulturen, die alle unerläßliche Aspekte von Partnerschaft sind.“*²⁹

Die „Schaffung eines miteinander geteilten Wohlstandes“ (Kap. III) bis zum Jahr 2010 scheint seitens der Europäischen Union eher Ausdruck eines versteckten Zweckoptimismus zu sein. Einer Studie der OECD zufolge wird die Einrichtung der WTO, welche den

²⁸ Ansprache des spanischen Ministerpräsidenten und EU-Ratsvorsitzenden, Felipe Gonzalez, bei der Mittelmeer-Konferenz der Europäischen Union in Barcelona am 28. November 1995 (gekürzt), in Internationale Politik. Brennpunkt Mittelmeer, 2/1996, S.123

²⁹ ebda.S.108

internationalen Freihandel fördern und Handelshemmnisse abbauen soll, enorme Konsequenzen für den Mittelmeerraum und die Dritte Welt-Länder nach sich ziehen:

„Die Studie sieht ferner das Absacken von Rohstoffpreisen der Länder des Südens voraus. Dem zufolge sind 213 Milliarden Dollar zusätzlicher Einkünfte im Gefolge der endlich abgeschlossenen GATT-Runde zu erwarten. Davon gehen 132 Milliarden an die entwickelten Länder, 37 Milliarden an China, 21 Milliarden an die einkommenstarken Länder Asiens. Afrika verliert dabei 2,6, Indonesien 1,9 und die Mittelmeerregion 1,6 Milliarden Dollar. Dies ist dann die ökonomische und handelspolitische Absicherung der politisch-militärischen Weltordnung durch die Dreieinigkeit Weltbank, IWF und WTO. Folgt man der Logik der neuen Welt-UN-Ordnung, so ergibt sich aus strukturell angelegten und verschärften Konfliktursachen noch viel militärischer Handlungsbedarf.“³⁰

Wie bereits oben angedeutet, scheint nicht nur Europas Süden Interesse an einer „stabilen“ Mittelmeer-Sicherheitspolitik zu haben. In der kürzlich veröffentlichten „Nürnberger Erklärung“ bekunden auch Frankreich und Deutschland ihre „vitalen Interessen“ in dieser von Krisen geplagten Region und erhoffen sich im Zuge ihrer neuen Allianz die *„Erhaltung und Stärkung der Stabilität des europäischen Kontinents und seiner Randzonen, einschließlich des Mittelmeerraums, sowie in den für die wirtschaftlichen Aktivitäten und für den freien Handel unserer Länder wichtigen Regionen.“*³¹

Der Begriff „Globalisierung“ meint nicht nur die multimediale Vernetzung und Ausbreitung von Kommunikationseinrichtungen über unsere Weltgesellschaft, sondern ist vor allem durch eine enorme „Prozeßhaftigkeit von Internationalisierung und Transnationalisierung, die in den letzten Jahrzehnten eine ungeheure Beschleunigung erfahren hat“³² gekennzeichnet. Dies betrifft in erster Linie die Konsolidierung und Vergesellschaftung des transnationalen Kapitals. Durch die Einrichtung des GATT und die damit verbundene World Trade Organization (WTO) ist kein Staat der Welt mehr imstande, sich von den Durchkapitalisierungsprozessen abzuschotten. Dieser Prozeß führt keinesfalls zu einer Homogenisierung der Weltgesellschaft, sondern wird von enormen Fragmentierungsprozessen begleitet. Was bedeutet in diesem Zusammenhang Fragmentierung?

Fragmentierung bedeutet zunächst den Verlust der tradierten Funktion des Nationalstaates auf allen erdenklichen Ebenen. Oder anders ausgedrückt: Durch die weltweite Durchkapitalisierung erleidet der klassische Nationalstaat einen Funktionsverlust, was zu einer anachronistischen Positionierung desselben innerhalb des kapitalistischen Weltsystems führt: Während der Nationalstaat nach wie vor Bezugspunkt für politische Akteure bleibt, unterläuft transnationales Kapital die territoriale Abgrenzung. Dieser ambivalente Umstand führt zu unterschiedlichen Auswirkungen auf der Nord- bzw. auf der Südhalbkugel. Während der Nationalstaat in reichen Industrieregionen durch sogenannte „spill over“- Prozesse in supranationale Gebilde (z.B.: NAFTA, EU) überführt wird, unterliegt dieser in Dritte-Welt-Regionen einer Auflösungserscheinung und wird durch „Retribalisierung“, „Clanisierung“ oder „Ethnisierung“ verdrängt (z.B.: Ruanda, Somalia, etc...). Fragmentierung und Globalisierung sind daher keine diametral entgegengesetzten Phänomene, sondern nur zwei Seiten ein und derselben Medaille.

³⁰ Ruf, Werner, a.a.O., S.205

³¹ Eine privilegierte Beziehung. Das politische Konzept des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates, in: FAZ, 30.1.97, Nr. 25, S.7

³² Ruf, Werner, Die neue Welt-UN-Ordnung, Münster 1994, S. 190

Der Friedensforscher Werner Ruf legt somit folgende und sehr treffende Definition von Globalisierung“ vor:

„Globalisierung ist so letztlich der Ausdruck jener Form von Unordnung, die die Weltgesellschaft kennzeichnet, nachdem der Planet durchkapitalisiert, entwickelt und in weiten Teilen unterentwickelt worden ist, nachdem die nicht in-Wert-setzbaren Regionen abgekoppelt sind und nachdem die verschärften sozialen Antagonismen als Migrationswellen Kontinente durchziehen und an die Wohlstandsfestungen branden.“³³

Ruf bringt hiermit nicht nur das essentielle Problem des Verhältnisses zwischen Europa und der südlichen Hemisphäre auf den Punkt, sondern läßt die Diskussion um die europäische Sicherheit in einem anderen Licht erscheinen. Das europäische Sicherheitsbedürfnis scheint demnach sowohl einen defensiven als auch einen offensiven Charakter aufzuweisen. *Defensiv* insofern, als offensichtlich der Versuch unternommen wird, eine „semiperiphere Pufferzone“³⁴ entlang der mediterranen Südflanke zu errichten, welche als Garant der Abwehr bedrohlicher Einflüsse (Migration, Verlust ökonomischer und machtpolitischer Einflußsphären) fungiert, um „nicht in-Wert-setzbare Regionen“ (Ruf 1994) abkoppeln bzw. abwehren zu können. Im selben Zuge scheint das kapitalistische Zentrum Europa einen *offensiven* Charakter aufzuweisen, der danach trachtet, „in-Wert-setzbare Regionen“ außerhalb der unmittelbaren Einflußsphäre durch „out-of-area“- Handlungsfähigkeit für sich in Anspruch nehmen zu können. Diese janusköpfige Ambivalenz von *offensiver* und *defensiver* Sicherheit ist demnach keineswegs als Widerspruch zu verstehen, sondern ist letztendlich nur Ausdruck jenes okzidentalen Bewußtseins von „Systemerhaltung und Fortschrittszauber“³⁵, welches seit dem Bestehen des kapitalistischen Weltsystems geradezu typisch ist. Scheinbar ursächliche Konfliktkonstellationen wie Migration, islamischer Fundamentalismus, Terrorismus oder Proliferation von Waffen sind somit nur symptomatische Ausprägungen und nicht ursächliche Phänomene, die Europa zur Notwendigkeit einer Sicherheitskonzeption veranlassen. Sie dienen letztendlich nur zur legitimen Untermauerung des ökonomischen und machtpolitischen Nord-Süd-Gefälles.

Europas Friedenspolitik steht an einem Scheideweg: Ob die von vielen FriedensforscherInnen erhoffte „Friedensmacht Europa“ nur zu einem humanitär verbrämten Hegemonie-Instrument verkommt oder ihre grundlegende Transformation zu einem nach außen hin offenen Institutionsgefüge verwirklicht, dürfte die alles entscheidende Frage für die Bevölkerung der südliche Hemisphäre in Hinblick auf das kommende Millennium sein.

³³ ebda., S.207

³⁴ Wallerstein, a.a.O

³⁵ Dietrich, Wolfgang, Systemerhaltung und Fortschrittszauber, in Margit Pieber/Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europa-Zukunft eines Kontinents. Friedenspolitik oder Rückfall in die Barbarei?, S.113-125, Münster 1994

9. Literatur

Monographien, Aufsätze und Artikel

Ansprache des spanischen Ministerpräsidenten und EU-Ratsvorsitzenden, Felipe Gonzalez, bei der Mittelmeer-Konferenz der Europäischen Union in Barcelona am 28. November 1995 (gekürzt), in Internationale Politik. Brennpunkt Mittelmeer, 2/1996, S.123

Aviation Week and Space Technology, 9.Juli 1990, S.7

Axel Kleppien: "Aufklärung und Luftverteidigung", Interview mit Luftwaffen-Forum 2/1990, S.14

Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stephan, Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation? Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung, Münster 1993, S.74 ff

Deutscher Bundestag, Plenar-Protokoll 12/93, vom 20.5. 1992, S. 7600

Dietrich, Wolfgang, Systemerhaltung und Fortschrittszauber, in Margit Pieber/Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europa-Zukunft eines Kontinents. Friedenspolitik oder Rückfall in die Barbarei?, S.113-125, Münster 1994

Eine privilegierte Beziehung. Das politische Konzept des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates, in: FAZ, 30.1.97, Nr. 25, S.7

Elmar Schmäling, NATO und WEU: Neue europäische Militärordnung, in: Jahrbuch Frieden 1995, München 1994, S.121 ff

Führungsstab der Marine: Flottenübung Wellenreiter `89, Bonn 3.Mai 1989

Kommunique des Ministerrates der WEU vom 23.4.1990, in: Bulletin 28.April 1990, Nr. 48

Martin, Roger: Toward a "green" defense policy, in: The Boston Globe, vom 6.8. 1990

Motley, James Berry : Beyond the Soviet threat. The U.S.Army in a Post-Cold War Environment. Lexington et al. 1991, S.41

Partnership for Peace and NATO-Russian Relations, in: Defense Issues: Volume 10, Number 28, Remarks by Walter Slocombe, undersecretary of defense for policy, to the Center for Strategic and International Studies, Washington, March 2, 1995

Porter, Gareth: Post-Cold -War Global Environment and Security, in: the Fletcher Forum of World Affairs, Vol.14, 1990, No.2, S. 335

Ruf, Werner, Die neue Welt-UN-Ordnung, Münster 1994, S. 190

Abkürzungen

AFSOUTH	Allied Forces Southern Europe
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSCM	Conference on Security and Cooperation in the Mediterranean
DEA	Drugs Enforcement Agency
EU	European Union
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NAV	Nordatlantische Versammlung
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
UN, UNO	United Nations, United Nations Organization
UNCED	United Nations Conference on Environmental and Development
US, USA	United States, United States of America
WEU	Western European Union
WTO	World Trade Organization

Index

- A**
- AFSOUTH* 18; 25
Anti-Drogen-Strategie 16
- B**
- Barcelona 4; 20
Bedrohungspotential 16
Bedrohungsszenarien 2; 6; 7; 11; 16; 20
Bill Clinton 13
- C**
- CDU 15; 25
Counter-Insurgency 12
Counter-Terrorism 12
CSCM 19; 25
- D**
- DEA 16; 25
double hatting 10
Drogenhandel 6; 12; 16
Durchkapitalisierung 21
- E**
- Eingreiftruppe 10
Erklärung von Rom 6
Ethnisierung 21
EU 2; 6; 7; 9; 10; 19; 20; 21; 23; 25
Eurocorps 10
Europa 2; 3; 4; 5; 6; 8; 16; 17; 18; 20; 21; 22; 23
EVG 9
- F**
- FCKW 12; 14; 25
Felipe Gonzalez 20; 23
Fragmentierung 21
Frankreichs 8; 9; 14
Fundamentalismus 4
- G**
- GATT 20; 21; 25
Globalisierung 2; 20; 21; 22
Golfkrieg 10; 17
Grünhelme 15
- H**
- Hegemonie 4; 22
- I**
- interlocking institutions 9
Interventionismus 6; 14
Islam 4; 16
- IWF 21; 25
- K**
- Kuweit 17
- L**
- Latinisierung 12
low intensity conflicts 12
- M**
- Maastricht 9
Maghreb 2; 4; 18; 19; 20
Migrationen 12
Migrationswellen 22
Mittelmeer-Konferenz 20
Mittelmeerraum 2; 6; 16; 21
Mittelmeerregion 18; 21
Mittelmeer-Sicherheitspolitik 21
- N**
- NAFTA 21
Nahen Osten 4; 6; 11
NATO 2; 6; 7; 8; 9; 10; 16; 18; 19; 20; 23; 25
NAV 18; 25
Neo-Liberalisierung 20
Nordamerika 8
Nordatlantische Allianz 2; 7; 9; 14
Nordatlantischen Versammlung 18
Nordwest-Hemisphäre 8
- O**
- OECD 21; 25
Ökostrategien 15
- P**
- Petersberger Erklärung 9
Proliferation 16; 18; 19; 22
- R**
- Roger Martin 14
Rohstoffimporte 17
- S**
- Schadstoffemissionen 12
Schwarzafrika 4
Semiperipherie 2; 5; 18; 19
Staatengemeinschaft 14
Stoltenberg 6; 16; 24
Südflanke 2; 4; 16; 19; 22
- T**
- Terrorismus 6; 12; 18; 19; 22

Tropenwaldkonvention 14

USA 25

U

UN 2; 11; 14; 15; 21; 24; 25
UNCED 11; 15; 25
UNCED-Konferenz 11
UNO 25
UN-Sicherheitsrat 14
US 5; 11; 12; 15; 16; 17; 19; 25

W

Waffenproliferation 6
Weltfrieden 13; 14
Wendekreis des Krebses 8; 10
Westeuropäische Verteidigungsunion 2; 9
WEU 2; 6; 7; 9; 10; 23; 25
WTO 20; 21; 25